



Detailansicht des Registereintrags

STADAPHARM GmbH

Aktuell seit 08.12.2025 09:49:03

Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH)

Registernummer: R004858

Ersteintrag: 30.06.2022

Letzte Änderung: 08.12.2025

Letzte Jahresaktualisierung: 30.06.2025

Tätigkeitskategorie: Sonstiges Unternehmen

Kontaktdaten: Adresse:

Stadastr. 2-18

61118 Bad Vilbel

Deutschland

Telefonnummer: +491625613028

E-Mail-Adressen:

stadapharm.market.access@stadapharm.de

Webseiten:

<http://www.stadapharm.de/>

Hauptfinanzierungsquellen (in absteigender Reihenfolge):

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

Wirtschaftliche Tätigkeit

Jährliche finanzielle Aufwendungen im Bereich der Interessenvertretung:

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

440.001 bis 450.000 Euro

Vollzeitäquivalent der im Bereich der Interessenvertretung beschäftigten Personen:

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

1,00

Vertretungsberechtigte Person(en):

1. **Dr. Martin Spatz**
Funktion: Geschäftsführer
2. **Christoph Martin**
Funktion: Geschäftsführer

Betraute Personen, die Interessenvertretung unmittelbar ausüben (5):

1. **Dominic Rouven Fister**
2. **Matthias Weber**
3. **Rikarda Vollmers**
4. **Florian Kluckert**
5. **Dr. Martin Spatz**

Mitgliedschaften (6):

1. Pharma Deutschland e.V.
2. Pro Generika e.V. (AG ProBiosimilar)
3. House of Pharma & Healthcare e.V.
4. Verband der Chemischen Industrie e.V
5. Bundesverband pharmazeutischer Cannabinoidunternehmen e.V. (BPC)
6. Bundesverband Managed Care - BMC e.V.

Beschreibung der Tätigkeit sowie Benennung der Interessen- und Vorhabenbereiche**Interessen- und Vorhabenbereiche (5):**

Arzneimittel; Gesundheitsförderung; Gesundheitsversorgung; Pflege; Sonstiges im Bereich "Gesundheit"

Die Interessenvertretung wird ausschließlich in eigenem Interesse selbst wahrgenommen.

Beschreibung der Tätigkeit:

Die Stadapharm GmbH hat ihren Sitz im hessischen Bad Vilbel. Das Unternehmen setzt auf innovative Spezialtherapeutika und Spezial-Generika. Als Gesundheitskonzern mit Systemrelevanz haben wir den Auftrag, uns um die Gesundheit der Menschen zu kümmern. Dazu gehört auch die Interessenvertretung auf politischer Ebene zur Sicherstellung der Versorgung von Patienten mit lebensnotwendigen Arzneimitteln.

Als Gesundheitskonzern mit Systemrelevanz haben wir den Auftrag, uns um die Gesundheit der Menschen zu kümmern. Dazu gehört auch die Interessenvertretung auf politischer Ebene zur Sicherstellung der Versorgung von Patienten mit lebensnotwendigen Arzneimitteln.

Zum Zwecke der Interessenvertretung werden Gespräche mit Vertreterinnen und Vertretern des Bundeskanzleramtes und der Bundesministerien sowie mit Mitgliedern des Deutschen Bundestages zur Erläuterung von Änderungsnotwendigkeiten hinsichtlich der Themenfelder Arzneimittel, Gesundheitsversorgung, Gesundheitsförderung und Pflege, geführt, die als Rahmenbedingungen für die unternehmerische Tätigkeit, auch im Hinblick auf die Situation der Beschäftigten des Unternehmens, von großer Bedeutung sind.

Dabei geht es unter anderem um das Arzneimittel-Lieferengpassbekämpfungs- und Versorgungsverbesserungsgesetz (ALBVVG), Cannabisgesetz (CanG), Krankenhausversorgungsverbesserungsgesetz (KHVVG), Gesetz für mehr Sicherheit in der Arzneimittelversorgung (GSAV), Gesunde-Herz-Gesetz (GHG), Gesundheitsversorgungsstärkungsgesetz (GVSG), die europäische Richtlinie über die Behandlung von kommunalem Abwasser (KARL, engl.: UWWTD) und Gesetz zur Stärkung der Öffentlichen Gesundheit.

Zweck der Interessenvertretung ist es, die Sicht der Praxis zu vermitteln und Impulse zur Verbesserung der gesamtwirtschaftlichen Lage zu geben. Im Zuge dessen werden auch parlamentarische Abende und Diskussionsveranstaltungen durchgeführt, zu denen Regierungsmitglieder, Abgeordnete sowie Vertreterinnen und Vertreter der Ministerien eingeladen werden. Darüber hinaus werden in Einzelfällen auch Stellungnahmen und Gutachten zu konkreten Regelungsvorhaben erarbeitet und übermittelt.

Konkrete Regelungsvorhaben (6)

1. Aufhebung des Genehmigungsvorbehalts

Beschreibung:

Der Genehmigungsvorbehalt in § 31 (6) SGB V soll aufgehoben oder abgeändert werden, damit die Versorgung von Patient:innen mit Medizinalcannabis verbessert wird

Betroffenes geltendes Recht:

SGB 5 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Arzneimittel [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (2):

1. SG2406250109 (PDF - 1 Seite)

Adressatenkreis:

Versendet am 16.05.2024 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Gesundheit (BMG) [alle SG dorthin]

2. SG2406250112 (PDF - 1 Seite)

Adressatenkreis:

Versendet am 16.05.2024 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Gesundheit (BMG) [alle SG dorthin]

2. Überarbeitung der gesetzlichen Preisregulierungen für generische Arzneimittel

Beschreibung:

Wir plädieren für eine grundlegende Neuausrichtung der staatlichen Vorgaben zur Preisbildung bei generischen Arzneimitteln. Vorrangiges Ziel ist es, die bisherigen Mechanismen – darunter die Regeln für Rabattverträge, die Struktur der Festbetragsgruppen, der fehlende Inflationsausgleich sowie das bestehende Preismoratorium – kritisch zu überprüfen und zeitgemäß anzupassen. Ebenso sollte die verpflichtende Substitution biologischer Arzneimittel entfallen. Durch diese Reformen soll die zuverlässige Versorgung von Patientinnen und Patienten langfristig gestärkt werden.

Betroffenes geltendes Recht:

AMRabG [alle RV hierzu]; FGNV [alle RV hierzu]; AMPreisV [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Arzneimittel [alle RV hierzu]; Gesundheitsversorgung [alle RV hierzu]

3. EU-Richtlinie zur Behandlung kommunaler Abwässer (UWWTD)

Beschreibung:

Die geplante vierte Reinigungsstufe in Kläranlagen, wie sie im Rahmen der EU-Richtlinie zur kommunalen Abwasserbehandlung vorgesehen ist, trifft generische Arzneimittelhersteller finanziell besonders hart. In Verbindung mit bestehenden Festbetragsstrukturen und dem Preismoratorium entsteht ein erheblicher wirtschaftlicher Druck, der die Versorgungssicherheit gefährden kann. Aus diesem Grund sprechen wir uns dafür aus, die Richtlinie zu überarbeiten und praxistauglicher zu gestalten.

Interessenbereiche:

Arzneimittel [alle RV hierzu]; Gesundheitsversorgung [alle RV hierzu]

4. Rücknahme des G-BA-Auftrags zur Substitution biotechnologisch hergestellter Arzneimittel

Beschreibung:

Damit biopharmazeutische Therapien – insbesondere Biosimilars – dauerhaft bezahlbar und zuverlässig verfügbar bleiben, müssen stabile Rahmenbedingungen gewährleistet sein. Dazu gehört, den gesetzlichen Auftrag an den Gemeinsamen Bundesausschuss zurückzunehmen, Vorgaben zur automatischen Austauschbarkeit biologischer Arzneimittel in Apotheken zu erstellen. Eine solche Maßnahme könnte Versorgungssicherheit und den biotechnologischen Standort Deutschland nachhaltig beeinträchtigen.

Interessenbereiche:

Arzneimittel [alle RV hierzu]; Gesundheitsversorgung [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (2):

1. SG2511300001 (PDF - 1 Seite)

Adressatenkreis:

Versendet am 12.11.2025 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

Bundesregierung

Bundesministerium für Gesundheit (BMG) [alle SG dorthin]

Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWE) [alle SG dorthin]

2. SG2511300002 (PDF - 2 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 09.07.2025 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

Bundesregierung

Bundesministerium für Gesundheit (BMG) [alle SG dorthin]

Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWE) [alle SG dorthin]

5. Reform des Medizinalcannabis-Gesetzes

Beschreibung:

Wir setzen uns für eine umfassende Überarbeitung der gesetzlichen Regelungen zu medizinischem Cannabis ein. Im Zentrum steht dabei ein Verbot von telemedizinischen Erstverordnungen zugunsten eines verpflichtenden direkten Arzt-Patienten-Kontakts. Zudem soll der Versandhandel stark eingeschränkt und ausschließlich über Botendienste örtlicher Apotheken abgewickelt werden dürfen. Diese Änderungen sollen gleichermaßen für Cannabisblüten wie für Extraktprodukte gelten.

Bundesrats-Drucksachennummer:

BR-Drs. 555/25 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Ersten Gesetzes zur Änderung des Medizinal-Cannabisgesetzes

Zuständiges Ministerium: BMG [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:

MedCanG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Arzneimittel [alle RV hierzu]; Gesundheitsversorgung [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (3):

1. SG2511300003 (PDF - 2 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 23.06.2025 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

Bundesregierung

Bundesministerium für Gesundheit (BMG) [alle SG dorthin]

2. SG2511300004 (PDF - 2 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 23.06.2025 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Gesundheit (BMG) [alle SG dorthin]

3. SG2511300005 (PDF - 5 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 31.07.2025 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Gesundheit (BMG) [alle SG dorthin]

6. Nierengesundheit in der Präventionspolitik berücksichtigen

Beschreibung:

In Deutschland leben etwa neun Millionen Menschen mit einer chronischen Nierenerkrankung – häufig ohne es zu wissen, bis eine Dialyse unvermeidlich wird. Das belastet Betroffene stark und führt zu erheblichen Kosten im Gesundheitswesen. Deshalb setzen wir uns dafür ein, gesetzliche und erstattungsrechtliche Rahmenbedingungen so anzupassen, dass Prävention und Früherkennung deutlich gestärkt werden. Eine frühzeitige Identifikation von Risikogruppen ermöglicht Behandlungen, die den Krankheitsverlauf verlangsamen oder sogar stoppen können.

Interessenbereiche:

Arzneimittel [alle RV hierzu]; Gesundheitsförderung [alle RV hierzu]; Gesundheitsversorgung [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Gesundheit" [alle RV hierzu]

Angaben zu Aufträgen (0)

Die Interessenvertretung wird nicht im Auftrag ausgeübt.

Zuwendungen oder Zuschüsse der öffentlichen Hand

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

Keine Zuwendungen oder Zuschüsse über 10.000 Euro erhalten.

Schenkungen und sonstige lebzeitige Zuwendungen

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

Gesamtsumme:

0 Euro

Mitgliedsbeiträge

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

Gesamtsumme:

0 Euro

Jahresabschluss/Rechenschaftsbericht

Geschäftsjahr: 01/23 bis 12/23

[GJ2023-Geschaeftsbericht-Stada.pdf](#)